



PUA

über die
7. Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses
am Donnerstag, dem 10.12.2009
in der Stadthalle

Beginn: 19:40 Uhr
Ende: 21:30 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Marion Dyduch
Herr Andreas Friedhoff
Herr Dieter Hartig
Frau Petra Hartig
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Herr Martin Köhler
Herr Michael Krause
Herr Friedhelm Lipinski
Frau Ursula Müller
Herr Klaus Slomiany
Herr Udo Theimann
Herr Theodor Wältermann

CDU

Frau Rosemarie Gerdes
Herr Heinrich Kissing
Frau Ina Scharrenbach
Herr Karl-Adolf Schneider
Herr Ernst-Dieter Standop

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Frau Anke Schneider

FDP

Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL

Herr Gerrit Naujoks

fraktionslos

Herr Dieter Kloß

Sachverständige gem. Beschluss des Umweltausschusses

Frau Dip.-Ing. Anika Michalik

Herr Gerhard Zielke

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl

Frau Brigitte Böckmann

Herr Matthias Breuer

Herr Karsten Harrach

Frau Monika Holtmann

Herr Uwe Liedtke

Herr Jens Neunert

Herr Reiner Steffen

Entschuldigt fehlten

Herr Cetin Bahcekapili

Herr Thomas Blaschke

Herr Karsten Diederichs-Späh

Herr Hans-Dieter Heidenreich

Frau Susanne Middendorf

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Lipinski**, begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Gäste und Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

In Bezug auf die vorliegende Tagesordnung wurde der Tagesordnungspunkt 1 bereits in der vorangegangenen gemeinsamen Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses und des Straßenverkehrsausschusses unter TOP 3 beraten und beschlossen. Der TOP 1 der Einladung wird damit abgesetzt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Ausbau der Straße "Dreieck" hier: Vorstellung der Planung	
2	Umgestaltung Bahnhofsumfeld hier: Sachstandsbericht der Verwaltung	
3	Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Kamen Innenstadt V" der Stadt Kamen hier: Satzungsänderung	143/2009
4	Integriertes Handlungskonzept, Städtebauförderungsgebiet "Kamen Innenstadt V" hier: Beschluss	146/2009

5	Bebauungsplan Nr. 38 Ka-Me "Feuerwehr Methler" hier: Vorstellung des Bebauungsplanentwurfs
6	Energiebericht 2008 Bericht der Verwaltung zum Ergebnis der energetischen Untersuchung der städt. Gebäude
7	Bauvorhaben im Stadtgebiet hier: Bericht der Verwaltung
8	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Ausbau der Straße "Dreieck"
hier: Vorstellung der Planung

Herr **Neunert** stellte die unterschiedlichen Planvarianten vor (s. Präsentation S. 3+4). Variante 1 ist der Ausbau als Shared-Space-Bereich, d. h. alle Verkehrsteilnehmer sind gleichberechtigt. Variante 2 sieht den Ausbau mit gekennzeichneten Stellplätzen vor, wobei dann nur im Bereich der gekennzeichneten Flächen geparkt werden darf.

Die Bauausführung sieht in beiden Varianten für die Fahrgasse Asphalt und die übrigen Bereiche Pflasterung vor. Die Abtrennung der Bereich erfolgt durch eine Entwässerungsrinne.

Als gestalterische Elemente sind die zwei Plätze, die der Ausbauplan vorsieht, hervorzuheben.

Herr **Naujoks** bedankte sich für die Ausführungen. Er bat darum, bei zukünftigen Maßnahmen die Pläne als Sitzungsunterlage der Einladung beizufügen.

Herr **Kissing** schloss sich diesem Wunsch an. Darüber hinaus begrüßte er die Erwägung des Ausbaus im Shared-Space-Verfahren. Er bezeichnete dies als Variante, die es Wert sei, genauer betrachtet zu werden.

Dazu entgegnete Herr **Baudrexl**, dass in dieser Sitzung lediglich die Planung mit den verschiedenen Varianten vorgestellt werde und noch kein Baubeschluss erfolge. Die vorliegenden Planentwürfe werden durch den Planungs- und Umweltausschuss für die Durchführung einer Anwohnerversammlung freigegeben. Dort diskutierte Änderungs- und Verbesserungsvorschläge werden wiederum in die Planung einfließen und zu Korrekturen führen. Die Ergebnisse der Anwohnerversammlung werden in einer der nachfolgenden Sitzungen vorgestellt. Dies sei ein Verfahren, welches sich bewährt habe. Probleme mit der Bereitstellung der Pläne habe er grundsätzlich nicht. Er gab jedoch zu bedenken, dass im Rahmen der technischen Möglichkeiten ein Ausdruck in DIN A 4, schwarz/weiß, nicht mehr viel von der Planung erkennen lasse.

Herr **Liedtke** ergänzte, dass in dieser Sitzung die Verwaltung lediglich autorisiert werde, mit den Planungen in die Anwohnerbeteiligung zu gehen. In einer der folgenden Sitzungen werde dann über die Ergebnisse der Anwohnerversammlung berichtet und die überarbeitete Planung in gewohnter Form vorgestellt.

Beschluss:

Der Planungs- und Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, die Planvarianten im Rahmen einer Bürgerbeteiligung vorzustellen und über die Ergebnisse im Planung- und Umweltausschuss zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 2.

Umgestaltung Bahnhofsumfeld
hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr **Liedtke** teilte mit, dass zwischenzeitlich der Auftrag für die Durchführung der Kanalbau- und Tiefbauarbeiten an die Fa. Eley, Bad Wünneberg, erteilt wurde. Als Baubeginn sei der 18.01.2010 vorgesehen. Begonnen werde mit dem Abschnitt Poststraße.

Zu TOP 3.
143/2009

Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes "Kamen Innenstadt V" der Stadt Kamen
hier: Satzungsänderung

Herr **Liedtke** erläuterte die vorliegende Beschlussvorlage und ging insbesondere auf die Notwendigkeit der Gebietsveränderung ein (Plan s. Präsentation S. 8).

Herr **Naujoks** regte an, die Formulierung in § 2 wie folgt zu ändern:
„Bereitstellung von **sozialversicherungspflichtigen** Arbeitsplätzen“
Damit werde verdeutlicht, dass qualifizierte Beschäftigungsverhältnisse gefordert werden.

Herr **Kissing** entgegnete, dass diese Anregung wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde, im Rahmen der Satzung solle jedoch von einer weiteren

Spezifizierung Abstand genommen werden. Er schlug vor, den Beschluss so zu belassen.

Frau **Dyduch** schloss sich der Argumentation von Herrn Kissing an. Die Definition „Arbeitsplätze“ sei hinreichend bekannt und beziehe sich auf sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.

Beschlussempfehlung:

1. Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kamen Innenstadt V“ vom 18.09.2008 wird dahingehend geändert, dass das Sanierungsgebiet entsprechend dem Lageplan, der Bestandteil der Satzung ist, erweitert wird.
2. Die Satzung über die förmliche Festlegung des Sanierungsgebietes „Kamen Innenstadt V“ der Stadt Kamen vom 18.09.2009 / 17.12.2009 wird entsprechend dem beiliegenden Entwurf der Verwaltung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
146/2009

Integriertes Handlungskonzept, Städtebauförderungsgebiet "Kamen Innenstadt V"
hier: Beschluss

Mit Bezug auf die vorangegangene Sitzung des Planungs- u. Umweltausschusses, den mit Schreiben vom 17.11.2009 den Parlamentariern vorliegenden Entwurf des „Integrierten Handlungskonzept Kamen Innenstadt V“, gab Herr **Liedtke** eine ausführliche Erläuterung zum „Integrierten Handlungskonzept Kamen Innenstadt V“ (kurz: IHK) (Einzelheiten s. Präsentation S. 10 – 25).

Frau **Dyduch** bedankte sich für die umfassende Erläuterung. Es sei vorgegeben, einen integrierten Handlungsansatz für das Sanierungsgebiet Kamen Innenstadt V zu entwickeln. Dies sei mit dem vorliegenden Konzept geleistet worden. Auch angesichts der finanziellen Situation der Stadt Kamen, solle nicht davon abgewichen werden, Visionen und Ideen für die Stadtentwicklung zu beschreiben und voranzubringen. Weitere Entwicklung und Planung seien zukunftsweisend. Mit dem vorliegenden Konzept würden Ansprüche formuliert. Ihrer Meinung nach sei mit dem „Integrierten Handlungskonzept Städtebauförderungsgebiet Kamen Innenstadt V“ eine gute Mischung gefunden worden. Insbesondere begrüßte sie die Einbindung des bürgerschaftlichen Engagements. In welchem konkreten Zeitrahmen sich das Konzept abarbeiten ließe, bliebe angesichts der Finanzlage offen. Sicher sei, dass das Konzept ohne Städtebaufördermittel nicht von der Stadt umzusetzen sei. Auch die Bereitstellung dieser Mittel würde den Zeithorizont beeinflussen.

Herr **Liedtke** ergänzte dazu, dass sich Umsetzungszeiten insbesondere aus dem Haushalts- und Finanzplan und der damit verbundenen Bereitstellung der Eigenmittel ergeben werden.

Frau **Schaumann** erklärte, dass sie nicht mit jeder Einzelmaßnahme einverstanden sei und sich gegen eine Präjudizierung von Maßnahmen (z. B. Hertie) ausspreche.

Frau **Scharrenbach** fragte nach, ob die energetische Sanierung des Gymnasiums in das IHK aufgenommen werden könne, inwieweit ökologische Aspekte berücksichtigt werden und ob Eigentümer durch das Fassadenprogramm verpflichtet werden können.

Dazu erläuterte Herr **Liedtke**, dass die energetische Sanierung des Gymnasiums nicht über diese Kulisse gefördert werden könne. Hier hatte es ein Sonderprogramm gegeben, in dem das Gymnasium bisher nicht berücksichtigt wurde. Ob das Programm im kommenden Jahr weiter bestehen bleibe sei noch nicht abschließend geklärt. In Bezug auf das Fassadenprogramm verwies er auf die geplante Denkmalbereichssatzung „Gartenstadt Ost“. Die Mittel aus dem Fassadenprogramm stellen ein Angebot für die Eigentümer und einen Investitionsanreiz dar. Der maximale Zuschuss aus dem Fassadenprogramm liegt bei der Grundlage von max. 60 €/qm zuwendungsfähiger Kosten, Fördersatz 50 %, das entspricht einer max. Förderung von 30 €/qm, die sich zusammensetzt aus 21 €/qm (=70 %) Städtebauförderungsmittel und 9 €/qm Eigenmittel Stadt Kamen.

Herr **Baudrexl** wies darauf hin, dass über energetische Maßnahmen ausführlich in TOP 6 dieser Sitzung informiert werde.

Herrn **Kissing** bewertete die Einbindung des Projektes „Familienbande“ in das IHK positiv. Damit werde das Engagement der freien Träger gestützt, dies sei ganz im Sinne seiner Fraktion. Er hoffte, dass der Träger die erforderlichen Eigenmittel bereitstellen könne und das Projekt bei der Förderung berücksichtigt werden könne. Des Weiteren erkundigte er sich, ob das Projekt „Seseke“ an die Renaturierung der Seseke angeknüpft werden könne.

Diesbezüglich erklärte Herr **Liedtke**, dass eine direkte Anknüpfung an die Seseke-Renaturierung zwar wünschenswert, aber nicht erforderlich sei, da der städtische Planungsansatz außerhalb des planfestgestellten Bereiches liege.

Auf die Abhängigkeit der zeitlichen Umsetzung der Maßnahmen mit den Haushaltsplanberatungen wies Herr **Baudrexl** nachmals abschließend hin. Ein entsprechend aktualisierter Kosten- und Finanzierungsplan sei anschließend dem Fördergeber vorzulegen.

Ergebnis des Mitwirkungsverbotes gem. § 31 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (in der derzeit gültigen Fassung)

Es erklärte sich kein Ausschussmitglied für befangen.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt das Integrierte Handlungskonzept für das Städtebauförderungsgebiet „Kamen Innenstadt V“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Bebauungsplan Nr. 38 Ka-Me "Feuerwehr Methler"
hier: Vorstellung des Bebauungsplanentwurfs

Eingangs erläuterte Herr **Liedtke** den projektbezogenen Bebauungsplanentwurf Nr. 38 Ka-Me, der für die geplante Erweiterung des Feuerwehrstandortes erforderlich wurde (Präsentation S. 27 u. 28). Eine Bürgerbeteiligung werde am 21.01.2010 vor Ort stattfinden. Über die Ergebnisse werde anschließend der Planungs- und Umweltausschuss informiert.

Zu TOP 6.

Energiebericht 2008
Bericht der Verwaltung zum Ergebnis der energetischen Untersuchung der städt. Gebäude

Die detaillierten Informationen sind aus dem in der Sitzung verteilten „Energiebericht“ zu entnehmen, erklärte Herr **Baudrexl**. Schwerpunktthema dieser Sitzung sei zunächst eine erste Übersicht über den energetischen Zustand der städtischen Gebäude zu geben.

Sodann erläuterte Herr **Steffen** anhand der Präsentation die wichtigsten Eckdaten des vorliegenden Energieberichts 2008 (s. Präsentation S. 30 – 38). Als Fazit könne festgehalten werden, dass sich in dem Zeitraum von 2000 bis 2008 die Kosten bei gleichem Verbrauch verdoppelt haben. Ein besonders hoher Anteil der Energiekosten liegt bei den Schulen. Hier wurden zwischenzeitlich durch einen externen Gutachter Energiebedarfsausweise erstellt, um gezielte Maßnahmen herauszuarbeiten, damit optimale Verbrauchswerte erzielt werden können. Im Ergebnis ist eine mathematisch errechnete Rangfolge (Tabelle s. Präsentation S. 32 u. 33) entstanden. Bei Maßnahmenumsetzungen ist jeweils der Einzelfall zu betrachten und zu prüfen. Der Energiebericht 2008 wird über das Internet verfügbar sein.

Frau **Dyduch** bewertete den vorliegenden Bericht als gutes und geeignetes Erfassungs- u. Controlling-Instrument. Handlungsbedarfe werden aufgezeigt. Insgesamt werde damit eine gute Arbeitsgrundlage geschaffen. Die energetischen Maßnahmen in der Kindertagesstätte an der Astrid-Lindgren-Schule werden über das Sonderprogramm „energetische Erneuerung sozialer Infrastruktur“ gefördert. Sie erkundigte sich, ob ein neues Förderprogramm in Aussicht gestellt worden sei.

Herr **Baudrexl** teilte mit, dass nach derzeitigem Stand das Sonderprogramm nicht weiter bestehen bleibe. Der Stadt Kamen seien die bestehenden Anträge (z. B. Gymnasium) zurückgeschickt worden. Ein entsprechendes Förderprogramm sei sehr wünschenswert. Hinsichtlich des zu erbringenden Eigenanteils wies er auf den gesetzten engen Kreditrahmen hin, der die Möglichkeiten ggf. einschränken würde. Zurzeit laufen im Rahmen der energetischen Sanierung die Maßnahmen KiTa Astrid-Lindgren-Schule und die Maßnahmen des Konjunkturpaketes II.

Zu TOP 7.

Bauvorhaben im Stadtgebiet
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Liedtke** informierte anhand von Ansichten und Plänen (s. Präsentation S. 40-43) über folgende Baumaßnahme im Stadtgebiet:

- Bauvorhaben Bergstraße / Klothmanns Kamp
 - Bauvoranfrage wurde eingereicht.
 - Projekt: Neubau eines Wohnheims zur Betreuung von Menschen mit Suchterkrankungen (Alkohol u. Medikamente).
 - Einzugsgebiet: Kreis Unna.
 - Antragsteller: Sozialwerk St. Georg.
 - Betreuung von 24 Personen. 4 Wohnungen u. 8 Apartments.
 - Max. 2-geschossige Bebauung.
 - Landschaftsverband hat Bedarf bestätigt und will das Projekt fördern.
 - Für den Bereich besteht kein Bebauungsplan. Entscheidung nach § 34 BauGB.
 - Tendenziell positive planungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Beurteilung der Verwaltung.

Herr **Baudrexl** ergänzte, dass der Träger ein großes Interesse daran hat, die Bürger zu informieren. Akzeptanz sei dem Sozialwerk St. Georg wichtig. Deshalb plane der Träger für Mitte / Ende Januar 2010 die Durchführung einer Bürgerinformation.

Frau **Müller** wies darauf hin, dass der Bedarf einer solchen Einrichtung sicher akzeptiert werde. In diesem Zusammenhang machte sie deutlich, dass aber auch im Bereich des „altersgerechten Wohnen“ noch eine starke Nachfrage im Stadtteil zu verzeichnen sei.

Zu TOP 8.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

8. 1 Mitteilung der Verwaltung

8.1.1

Herr **Liedtke** informierte über folgende Baumfällungen:

- Klosterstraße (Beginn mit 3 Bäumen, über weitere Entwicklung wird informiert)
- Märkische Straße (5 weibliche Ginkos werden gefällt – Geruchsbelästigung)

8.2.2

Die Fußgängerbrücke Zollpost ist fertiggestellt und wird ab Dienstag kom-mender Woche wieder freigegeben, teilte Herr **Liedtke** mit.

8.2.3

Herr **Baudrexl** informierte, dass hinsichtlich der „Parksituation Ostenmauer“ eine Prüfung durch FB 30 erfolgt sei. Im Ergebnis kann festgehalten wer-

den, dass die Verwaltung derzeit keine rechtliche Möglichkeit habe, das Parken im öffentlichen Verkehrsraum zu versagen. Eine Ahndung sei nur bei Verkehrsvergehen möglich. Diesbezüglich sei es hilfreich von den Betroffenen Fotos mit Zeitangaben zu erhalten.

Frau **Schneider** wies nochmals auf das Grundproblem der Ansiedlung eines solchen Taxibetriebes mit einer Vielzahl, auch großer Fahrzeuge hin.

Herr **Baudrexl** entgegnete, dass dies eine bauordnungsrechtliche Frage sei, der Betrieb aber schon lange dort bestünde.

8.2 Anfragen

8.2.1

Herr **Schneider** informierte darüber, dass bei den südlichen Bürgersteigen der Querstraße Splittauffüllungen im Bereich der Baumscheiben erforderlich seien, da die Gehwegbereiche bei Niederschlägen durch Pfützenbildung teilweise überschwemmt sind.

Herr **Steffen** nahm dies zur Kenntnis.

8.2.2

Frau **Gerdes** wies in diesem Zusammenhang auf den Zustand des Verbindungsweges Parkplatz Oststraße zum Gymnasium / Konzertaula (Höhe Trafohaus) hin.

Herr **Baudrexl** erwiderte, dass dies der Verwaltung bekannt und eine Lösung des Problems vorgesehen sei.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen und Anfragen ergaben sich nicht.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung entfällt

Herr **Lipinski** schloss die Sitzung um 21.30 Uhr.

gez. Lipinski
Vorsitzender

gez. Liedtke
Schriftführer